

Beim 13. Deutschen Mietgerichtstag im Kongresszentrum der Westfalenhallen in Dortmund:

# Haus & Grund stark vertreten

Auch nach dem Austritt des Zentralverbands sorgten zahlreiche Teilnehmer der Eigentümerschutz-Gemeinschaft dafür, dass die Interessen ihrer Mitglieder beim wissenschaftlichen Austausch Berücksichtigung fanden.

Das Leitthema der Veranstaltung war gut gewählt: „Energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes“.

Von Michael Heß

## AUSGETRETEN

Haus & Grund Deutschland ist nach einer Stellungnahme des DMT-Vorsitzenden Ulf Börstinghaus zum Thema Mietnomaden aus dem Deutschen Mietgerichtstags ausgetreten. Der Zentralverband fühlte sich nicht ausreichend vertreten. Haus & Grund Rheinland spricht sich dennoch gegen den Austritt aus.

Ein Volltreffer landeten die Organisatoren des 13. Deutschen Mietgerichtstags bei der Auswahl des Leitthemas. Denn obwohl die weitere Entwicklung zum Zeitpunkt der Einladung so noch nicht absehbar war, bot die Überschrift der Veranstaltung im Kongresszentrum der Dortmunder Westfalenhallen – „Energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes“ – mehr Aktualität denn je. Dafür sorgten angekündigte Energiewenden und anhaltende Diskussionen über die Möglichkeiten zur Energieeinsparung – gerade im Gebäudebestand.

Dass vor allem die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes bei allen zu diskutierenden mietrechtlichen Detailfragen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein wird und sein muss, zog sich wie ein roter Faden durch die Fachvorträge und Diskussionen.

Das kündigte sich schon bei der Begrüßung der rund 400 Teilnehmer durch den Vorsitzenden des Mietgerichtstags, Richter am Amtsgericht Dortmund Ulf Börstinghaus, an. Er wies mit Nachdruck darauf hin, dass gerade für die finanziellen Belastungen der notwendigen Sanierungsmaßnahmen eine Dreiteilung zwischen Eigentümer, Mieter und öffentli-

cher Hand geboten sei. Im Anschluss bot der Festvortrag des Präsidenten des Bundesumweltamts, Jochen Flasbarth, gute Argumente für eine Wiederausweitung der gerade erst drastisch gekürzten Förderprogramme. Zahlen seines Amtes belegen: Jeder vom Staat in die energetische Sanierung investierte Euro führt im Durchschnitt zur Investition von sieben Euro aus privater Hand. Ein besserer Return-of-Invest sei kaum vorstellbar. Deshalb bleibe gerade aus Sicht sanierungswilliger Eigentümer zu hoffen, dass die Politik sich entschließt, wieder mehr Geld für Förderprogramme zur Verfügung